



Medienmitteilung

Aus der Regierung

St.Gallen, 20. Oktober 2023

Staatskanzlei
Kommunikation
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T 058 229 32 64
kommunikation@sg.ch

Alpenländer: Gemeinsam gegen den Klimawandel

Der Alpenraum steht nicht nur aufgrund des Klimawandels, sondern auch aufgrund der Landesgrenzen vor besonderen Herausforderungen. Die Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer (ARGE ALP) will deshalb grünen Wasserstoff im Alpenraum etablieren und die Zusammenarbeit in der Energieversorgung verstärken. Die Regierungsvertretungen aus den zehn Mitgliedsländern haben heute in Bad Ragaz eine Resolution verabschiedet. Sie fordern einheitliche Standards und eine Anbindung des Alpenraums an das internationale Wasserstoff-Netzwerk.

Im Alpenraum kann mit Wasserstoff angetriebener Verkehr einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Zudem weist der Alpenraum ein grosses Potenzial für die Produktion von erneuerbarer Energie und damit auch für die dezentrale Produktion von grünem Wasserstoff auf. Diese Voraussetzungen machen eine grenzüberschreitende Planung, Koordination, Kommunikation und Umsetzung von Strategien zum grünen Wasserstoff erforderlich. Die Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertreter der zehn Mitgliedsländer der ARGE ALP haben deshalb heute unter der Präsidentschaft des Kantons St.Gallen eine Resolution hierzu verabschiedet. Diese fordert:

Anschluss an das übergeordnete Versorgungsnetz für Wasserstoff (Hydrogen Backbone) sicherstellen	Die Nutzung von Wasserstoff bedingt eine Importstrategie. Die Mitgliedsländer der ARGE ALP fordern daher, dass sie angemessen und rechtzeitig an den «European Hydrogen-Backbone» angeschlossen werden. Die aktuellen Planungen für Wasserstoff-Pipelines beziehen die Bedürfnisse der Mitgliedsländer der ARGE ALP nicht ausreichend mit ein. Die nationale Ebene wird aufgefordert, sich für einen Anschluss der Mitgliedsländer der ARGE ALP an das übergeordnete Versorgungsnetz einzusetzen.
---	---



Harmonisierung der regulatorischen Rahmenbedingungen	Derzeit fehlen noch die erforderlichen Europäischen Vorschriften für einen Binnenmarkt für Wasserstoff. Sobald die Richtlinie erlassen wird, ist eine zeitnahe Umsetzung in den nationalen Vorschriften anzustreben. In der Umsetzung der europäischen Rechtsvorschriften ist auf eine Harmonisierung der nationalen Rechtsvorschriften besonders Bedacht zu nehmen.
---	--

Grenzregionen können eine Scharnierrolle für Zusammenarbeit in der Energieversorgung spielen. Wichtige Infrastruktur wie Gas-Pipelines oder Strom-Übertragungsnetze befinden sich in Grenzregionen. Im Rahmen des heutigen Treffens der ARGE ALP haben sich die Regierungschefs deshalb zur kurz- und mittelfristigen Sicherung der Gasversorgung und der langfristigen Nutzung der Gasinfrastruktur für andere Energieträger sowie dem Aufbau von grenzüberschreitenden Energieregionen ausgetauscht. Die ARGE ALP will in diesen Themen künftig enger zusammenarbeiten.

Am Vortag fand in Bad Ragaz die Generalversammlung der Makroregionale Strategie der Europäischen Union für den Alpenraum (EUSALP) statt. Der Kanton St.Gallen hat seine Funktion als Gastkanton sowie sein ARGE-ALP-Präsidium genutzt, um die Netzwerke zwischen den beiden Alpeninstitutionen zu stärken und die Bedeutung der grenzüberschreitenden Beziehungen in den Fokus zu stellen.

Tessin übernimmt ARGE-ALP-Präsidium von St.Gallen

Der Kanton St.Gallen hat heute in Bad Ragaz das Präsidium an den Kanton Tessin übergeben. Der Kanton Tessin wird im kommenden Jahr den Fokus auf das Thema Wasser und Wasserknappheit legen mit besonderem Rücksicht auf dessen nachhaltige Nutzung.

Hinweis an die Redaktionen:

Weitere Auskünfte erteilt heute zwischen 14 und 15 Uhr Regierungsrat Marc Mächler, Vorsteher des Finanzdepartementes, Tel. 079 787 50 18.

Ein Bild steht hier zum Download bereit:

<https://media.sg.ch/share/N1NY4aHRhaMzcXuMjF86> (Bildlegende: Regierungsrat Martin Bühler (Kanton Graubünden), Sottosegretario Raffaele Cattaneo (Region Lombardei), Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer (Land Salzburg), Landeshauptmann Anton Mattle (Land Tirol), Regierungsrat Marc Mächler (Kanton St.Gallen), Regierungsrat Norman Gobbi (Kanton Tessin), Staatsministerin Melanie Huml (Freistaat Bayern), Landeshauptmann Mag. Markus Wallner (Land Vorarlberg) (von links nach rechts))